

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Traupenstr. 6/8, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7088.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Belegungsgebühren: Besetzt für die einseitige Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige, für Beleg- und Belegungsgebühren 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue“

Nr. 50.

Mittwoch, den 28. Februar 1900.

11. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Eine schmerzliche Kunde kommt aus dem Wahlkreis Kalbherleben. Es ist den vereinigten Gegnern — die freinmige Volkspartei eingeschlossen — gelungen, im Kreis, der in Folge der Verurteilung unseres Genossen Albert Schmidt zu der harten Strafe von drei Jahren Gefängnis wegen Verstoßes gegen die Wahlgesetze eine Neuwahl vollziehen mußte, uns zu entziffern.

Die genauen Zahlen der Wahl am Montag liegen auch heute nicht vor. Der „Vorwärts“ zählt bisher für Schmidt 17 283, für Blode 17 950. Es fehlt noch das Ergebnis aus dem Orte Kalbherleben, das auf dem Sieg des nationalliberalen Kandidaten ändern werde. (Siehe neueste Nachrichten.)

Wir geben demgegenüber unseren Lesern noch einmal die Resultate der Wahl. In der Hauptwahl wurden 17 090 sozialdemokratische, 13 894 nationalliberale, 2232 Stimmen für die Freinmige Volkspartei und 1237 antisemitische Stimmen für die Stichwahl registriert. Sodann Genosse Schmidt mit 18 300 Stimmen gegen 18 100, die auf Blode fielen. Die Beteiligung der Wählerschaft ist also bei der Nachwahl am Montag ungefähr die gleiche geblieben, wie bei der Stichwahl im Jahre 1898.

Dies Resultat wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht außer den Antisemiten auch die freisinnigen Volksparteiler in beträchtlicher Anzahl für den nationalliberalen Kandidaten unseren Genossen Schmidt gestimmt hätten. Das merkt auch die „Freisinnige Zeitung“ des Herrn Richter und sucht sich wie folgt aus der unangenehmen Situation zu erklären, indem sie schreibt: „Die Niederlage der Sozialdemokraten am Montag war die Folge der überaus scharfen Wahlbeeinträchtigungen und der Ausnutzung des Vergehens der Majoritätsbildung... Die Zahl der freisinnigen Stimmen, die für den nationalliberalen Kandidaten abgegeben ist, dürfte sehr gering sein.“

Ein Blick auf die Zahlen der Wahl wird jeden Ehrlichen von der sehr geringen Zahl überzeugen! Das die Freisinnigen an dem Ausgang schuld sind, giebt auch ohne Weiteres die linksfreie „Berliner Volkszeitung“ zu. Sie schreibt:

Der Umstand, daß Blode ungefähr 19,000 Stimmen erhalten hat (ein genaues Resultat liegt noch nicht vor), also ca. 1000 Stimmen mehr als 1898 bei der Stichwahl, läßt erkennen, daß von den übrigen sämtlichen Ordnungsparteien, also auch die Freisinnigen, für Blode eingetreten sind. Es ist eine sonderbare Art von Freistun, der sich derartig ins eigene Fleisch schneidet.“

Keine sonderbare Art, der ganze Freisinn ist es, liebe „Freisinnige Zeitung“. Hat er nicht mit gleicher Tapferkeit vor Kurzem den Antisemiten in Pirna gegen Genossen Fröhdorf zum Siege geholfen? Hat man es bei den Berlinern, bei den Helfern unserer Freisinnigen, anders gemacht? Die Genossen werden sich an die letzten Stadtverordnetenwahlen erinnern!

Daß auch außerdem Beeinflussungen in Menge vorgekommen sind, glauben wir gern. Aber sie hätten die Wahl Blode nicht möglich gemacht, ohne den Unfall der Freisinnigen.

Mit dem Staatsstreich

... ein Artikel der offiziös bedienten Münchener „Allgemeinen Zeitung“: „Gerade einer starken Regierung, die den Drang in sich

fühlt, das, was sie als recht und notwendig erkannt hat, auch im vollen Umfang durchzuführen, soll man die Wege nicht unnötig verlegen und durch kleinlichen Parteistreit die Arbeit über Gebühr erschweren. Sie könnte sonst mit dem Diktator doch vielleicht sich sagen: „Es war noch immer, wo es galt zu retten — das Recht des Stärkeren nicht das schlechteste Recht“, und wenn auch nicht contra (gegen), so doch praeter legem (neben dem Gesetz) ihr Ziel zu erreichen suchen.“

Hier wird also der Staatsstreich empfohlen. Indessen zeigt die Geschichte, daß bei dem Gebrauch des Rechts des Stärkeren die Regierungen zumeist den — kürzeren gezogen haben.

Die politische Situation im Reiche

hat sich, wie der „Vib. Corr.“ mitgeteilt wird, in den letzten Tagen „zweifellos nicht unbedenklich zugespitzt.“ In parlamentarischen Kreisen sprach man schon am Sonnabend Abend von der Auflösung als von einer ziemlich sicheren Thatsache. Es sei bekannt, daß das Zentrum in hohem Grade verstimmt ist und daß diese Stimmung sich auch unwillkürlich auf die augenblickliche Beurteilung der Flottenvorlage überträgt. Es hieß sogar, daß Zentrum sei nicht gewillt, in der Kommission den Referenten zu stellen. Von anderer Seite wurde diese Nachricht jedoch für nicht begründet erklärt. Wenigstens hatte der Abgeordnete Müller-Fulba, der als Referent von dem Vorsitzenden der Budget-Kommission in Aussicht genommen war, bisher die Uebernahme noch nicht abgelehnt.

Man nimmt an, daß die Kommission in 10 bis 14 Tagen an die Berathung der Flottenvorlage formen und sie vor den Osterferien erledigen wird.

„Unter den Zuschriften“

die uns über diesen Gegenstand zugehen, kommt eine bedingte Flottenfreundliche auf mindestens ein Duzend Flottengegnerischer. Mit ein paar abwesenden Nebenarten lassen sich diese sachlichen, ernsten Bedenken patriotischer Männer nicht abthun. Ein Theil dieser Bedenken würde gewiß durch eine vernünftige Regelung der Deckungsfrage beseitigt. Würde man sicher sein, daß nur die leistungsfähigen Steuerzahler zum Tragen der etwaigen oder vielmehr unvermeidlichen Mehrbelastung herangezogen werden, so wäre eine wesentliche und naheliegende Befürchtung gehoben. Andere Bedenken würden schwinden, wenn auf irgend welche Weise unbedingte Sicherheit geboten würde, daß das Bewilligungsrecht des Reichstages durch die Vorlage in keiner Weise beschränkt werden solle. Der Reichstag muß das volle, uneingeschränkte Recht behalten, durch seine alljährlichen Bewilligungen das Tempo der Flottenvermehrung zu bestimmen. Der Zeitraum von 16 Jahren, der in der Begründung angenommen wird, kann und darf in keiner Weise verpflichtend für den Reichstag sein. Steht man diese Frühbestimmung für bindend an, so macht man denselben bedauerlichen Fehler wie bei der letzten Flottenvorlage. Der Reichstag muß das Recht behalten, in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten zu stoppen; werden die Verhältnisse besonders günstig, so kann er umgekehrt das Tempo beschleunigen. Aber er muß unbedingt sein Recht wahren, das ist seine Schuldigkeit.“

Das steht nicht im „Vorwärts“, auch nicht in der „Frankfurter Zeitung“ oder sonst einem demo-

kratischen Blatte, sondern in dem Organ des Bundes der Landwirthe, der „Deutschen Tageszeitung“. Aber die Agrarier in ihrer stets betonten Loyalität sind — für die Flotte.

Weibliche Gewerbeinspektoren.

Vom Staatsministerium des Innern in Bayern ist eine Verordnung an die Kreisregierungen ergangen, die zum Zwecke hat, die Fabrik- und Gewerbe-Inspektion fruchtbarer zu gestalten. Bemerkenswert ist folgender Passus: „Die Thätigkeit der weiblichen Hilfskräfte, die sich als eine befriedigende erwiesen hat, ist neben der Revision der ganz oder vorzugsweise mit Arbeiterinnen besetzten Betriebe weiterhin auf die Erforschung der Verhältnisse in den weiblichen Kräfte und Kinder beschäftigenden Hausindustrie, weichen zu richten, sowie auf Erhebungen über die Verwendung von Kindern im Hausirhandel am Wohnorte zu erstrecken.“

Und wie hat sich die Regierung gekränkt, den kleinen Schritt vorwärts zu machen, der jetzt die bayerische Regierung selbst zum Weiterschreiten anspornt! Auch dieser Schritt zählt einzu zu den „unmöglichen, sozialdemokratischen Forderungen!“

Ausland.

Aus der wilden Schweiz. Genosse Dr. Heinrich Schmidt, früher Redakteur der „Arbeiterstimme“ in Zürich, ist von der St. Gallener Kantons-Regierung als Lehrer an die Handels- und Verkehrsschule in St. Gallen gewählt worden.

Eine sozialistische Kundgebung gegen den Militarismus fand am 24. Februar in Brüssel, Belgien, statt. Eine große Menschenmenge durchzog die Straßen unter Absingen revolutionärer Lieder und Rufen gegen die „Blutsteuer.“

Krieg in Südafrika.

General Cronje hat sich bedingungslos den Engländern ergeben müssen, nachdem er sich 9 Tage lang hohnmüthig gegen eine vielfache Uebermacht gehalten hatte. Die Nachricht von diesem für die Buren äußerst wichtigen fast niederschmetternden Ereignisse brachte eine Depesche Lord Roberts und rief in England großen Jubel hervor.

Lord Roberts meldete aus Paardeberg vom 27. d. M., 7 Uhr 55 Minuten Vormittags: General Cronje hat heute Morgen bei Tagesanbruch mit allen seinen Truppen bedingungslos kapitulirt. Cronje ist jetzt Gefangener in meinem Lager. Der Effectivbestand seiner Truppen wird später mitgeteilt werden. Ich hoffe, daß die Regierung Ihrer Majestät dieses Ereignis, welches sich am Jahrestage der Schlacht am Majubahügel ereignete, als ein befriedigendes ansehen werde.

Am 27. Februar 1881 erlitten die Engländer am Majubahügel, der nördlich von Ladysmith liegt, eine schwere Niederlage, die Lord Roberts nunmehr glaubt weit gemacht zu haben.

Man fürchtete daß nunmehr den Engländern der Weg nach Bloemfontein, der Hauptstadt des Oranjesfreistaates offen sei. Dem scheint jedoch nicht so zu sein.

Die Londoner „Daily News“ melden vielmehr aus Saucenjo Marquez vom 23. d. M.: 5000 Buren verließen, wie berichtet wird, Ladysmith, um nach dem Oranjesfreistaat zu gehen. Die Buren sind im Begriffe, sich in einer Entfernung von 30 englischen Meilen von Bloemfontein zu konzentriren.

Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola. Deutsch von Kurt Baake.

Die Minister waren zwar sehr verdrießlich, aber diese Klage glaubten sie doch heftig begrüßen zu müssen. „Die Zahl der täglichen Bücher vermehrt sich täglich“, rief der Redner fort. „Es ist eine beständig steigende Fluth, gegen das Land gar nicht sorgsam genug geschützt werden. Von zwölf neu erscheinenden Büchern sind elf einhalb ins Feuer geworfen zu werden. Das ist so ungefähr Durchschnitt... Nie haben verbrecherische Gefühle, unethische Theorien, wahnsinnige Anklagen gegen die bürgerliche Gesellschaft so viele Verständiger gefunden, wie heute... Ein Amt zwingt mich manchmal dazu, solche Bücher in die Welt zu nehmen. Nun, ich muß sagen...“

„Die Romane...“ begann er. „Ich lese nie Romane“, erklärte Rougon trocken. Sein Kollege protestirte schamhaft durch eine Geste, die ein entrüstetes Augenrollen, als wenn er hoch und heilig genommen wollte, daß auch er nie und nimmer Romane lese. „Ich willte nur folgendes sagen: Die Romane sind es allem, die der ungelunden Neugier der Masse vergiftete Nahrung bieten.“

„Gewiß“, fuhr der Minister des Innern wieder fort. „Es giebt Bücher, die ebenso gefährlich sind. Ich rede von populären Schriften, in denen die Verfasser sich bei einem Schwall sozialer und national-ökonomischer Weisheit für Bauern und Arbeiter verständlich zu machen und das Angenehmlich nur erreichen, ich möchte gerne wissen...“

... So liegt jetzt gerade ein Buch dieser Art, die „Spinnabende beim wackeren Jakob“, der Kommission zur Prüfung vor. Es handelt von einem Sergeanten, der in sein Dorf zurückgekehrt ist und nun jeden Sonntag Abend mit dem Schullehrer und zwanzig Landarbeitern allerhand Gepräche führt. Jede Unterhaltung behandelt einen besonderen Gegenstand, die neuen Ackerbaumethoden, die Arbeiter-Assoziationen, die bedeutende Rolle des Produzenten in der Volkswirtschaft und vergleichen. Ein Beamter hat mich auf das Buch aufmerksam gemacht und ich habe es gelesen. Ich finde es um so gefährlicher, als es seine verderblichen Theorien hinter erheuchelter Bewunderung für die Institutionen des Kaiserreichs verbirgt. Eine Täuschung ist nicht möglich, es ist das Wort eines Demagogen. So war ich denn nicht wenig überrascht, als ich mehrere Kommissionsmitglieder in lobender Weise von dem Buche reden hörte. Ich habe bestimmte Stellen mit ihnen erörtert, konnte sie aber anscheinend nicht überzeugen. Der Verfasser hätte sogar, haben sie mir versichert, Sr. Majestät ein Hulbigungsexemplar seines Buches überreicht... Deshalb glaube ich, Majestät, erst Ihre Ansicht und die des Ministerrathes einholen zu müssen, bevor ich irgend welchen Zwang anwende.“

Bei diesen Worten sah er den Kaiser fest an, dessen flackernde Blicke schließlich auf einem vor ihm liegenden Papiermesser haften blieben. Der Kaiser ergriff dies Messer, drehte es zwischen des Finger und flüsterte dabei: „Ja, ja, die Spinnabende des wackeren Jakob.“

Weiter sprach er sich nicht aus, sondern schielte links und rechts den Tisch hinunter. „Sie haben vielleicht das Buch gelesen, meine Herren, ich möchte gern wissen...“

Er sprach den Satz nicht zu Ende, sondern veränderte seine Worte. Die Minister sahen sich verflohen an, jeder rechnete darauf, daß er die Gelegenheit finden würde, die

geben könne. Das Schweigen dauerte immer länger und die Verlegenheit wurde immer größer. Offenbar hatte keiner von den Herren auch nur eine Ahnung von der Existenz eines solchen Werkes. Schließlich übernahm es der Kriegsminister im Namen aller seiner Kollegen durch eine deutliche Geste anzudeuten, daß sie nichts davon wüßten. Der Kaiser drehte seinen Schnurrbart und hatte es nicht eilig.

„Und Sie, Herr Delesclaux?“ fragte er. Delesclaux rückte auf seinem Sessel unruhig hin und her, als wenn er die Bute eines inneren Kampfes wäre. Diese direkte Frage aber brachte ihn zu einem Entschluß. Bevor er aber zu reden begann, warf er unwillkürlich einen Blick nach Rougon hin.

„Ich habe das Buch in Händen gehabt, Majestät.“ Er hielt inne, denn er fühlte, daß Rougons große, graue Augen auf ihn gerichtet waren. Angesichts der offensbaren Befriedigung des Kaisers jedoch fuhr er fort zu reden, wenn seine Lippen auch ein wenig zitterten: „Es thut mir leid, daß ich nicht derselben Meinung bin, wie mein Freund und Kollege, der Herr Minister des Innern... Gewiß, das Buch könnte manche Einschränkung vertragen und müßte mehr hervorheben, daß sich jeder wahrhaft nützliche Fortschritt nur langsam und vorsichtig durchsetzen darf. Aber die „Spinnabende des wackeren Jakob“ scheinen mir denn doch ein Werk zu sein, das in der besten Absicht geschrieben ist. Die Zukunftsträume, die es enthält, fließen in keiner Hinsicht die Institutionen des Kaiserreichs, sie sind im Gegentheil gleichsam ihre Blüthe, eine Blüthe, die gar nicht verwunderlich ist...“

Er schwieg von neuem. Obgleich er kampfhaft bemüht war, sich zu dem Kaiser hinzuwenden, verließ ihn doch nicht das Gefühl, daß auf der andern Seite des Tisches Rougons ungeheure Masse, auf die Ellenbogen gehaut, aufsteige.

General Buller scheint immer noch keine Erfolge erlangen zu können. Alle englischen Nachrichten, soweit sie vom Tugela stammen, sind mindestens schon gefärbt. Thatsächlich halten auch hier die Buren den Angriffen Bullers hartnäckig Stand.

Der „Morning Post“ wird aus dem Lager von Colenso vom 25. Februar gemeldet:

Da die britischen Truppen in Folge der Operationen am 21. und 22. Februar im Besitz der niedrigen Hügel jenseits des Tugela gebieten waren, beschloß General Buller, am 23. Februar gegen die zweite Höhenlinie, welche einen Theil der Stellung von Meters bildet, vorzugehen. Nachdem die Briten jedoch wiederholte Angriffsvorwürfe gemacht und sich keine Verluste an Offizieren und Mannschaften erlitten hatten, haben sie auf dem bereits gewonnenen Gebiete Stand. Es gingen dann Verstärkungsgruppen vor, um den Angriff der britischen Truppen zu unterstützen, aber die Nacht brach an, bevor der Hauptangriff sich entwickeln konnte.

Darnach ist vor Ladysmith alles beim Alten. Die Buren machen demnach den Sieg Roberts an anderen Stellen wieder zu machen. Nach einem weiteren Telegramm Roberts stellt sich dieser „Sieg“ als ein recht kläglicher dar, der nur darin seine Wichtigkeit findet, daß Cronje, der Löwe von Transvaal, der beständigste Führer der Buren war. Insgesamt sollen etwa 3-4000 Buren gefangen sein. Ueber die Aufnahme der Siegesnachricht in England wird gemeldet:

Unterhaus. Im Verlauf der Sitzung verliest Unterstaatssekretär Wyndham ein Telegramm Roberts über Cronje's Kapitulation. (Lauter Beifall.) William Redmond (Ire) ruft aus: 6000 Buren gefangen genommen von 40,000 Engländern. Welch glorreicher Sieg! (Schlächter.)

Die Nation nimmt Roberts Sieg ruhig auf, da sie erkennt, daß der eigentliche Feldzug nunmehr erst beginnt. Unter den Gefangenen befindet sich auch der Kommandant der Buren-Artillerie Major Abrecht.

Deutscher Reichstag.

155. Sitzung. Dienstag, 27. Februar 1900. — 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Militäretats wird bei den einmaligen Ausgaben fortgesetzt.

Beim „Verleibungs- und Ausrüstungswesen“ fragt

Abg. Dr. Bockel (Antik.) an, welche Erfahrungen bei der Verwendung des mit ausländischen Stoffen gefertigten Leders gemacht sind.

Generalmajor v. Hertgen erwidert, diese Erfahrungen seien ungünstig ausgefallen.

Das Ledertuch wird bewilligt.

Für Neubau einer Kaserne nebst Zubehör für eine fahrende Abteilung Feldartillerie in Gafirin werden als erste Rate 200,000 Mk. gefordert.

Die Kommission beantragt diesen Posten zu erteilen. Dagegen beantragen die Abgg. Böcking (natl.) und v. Ledebow (sonj.) und Genossen, diese Position zu bewilligen.

Abg. Dr. v. Ledebow (sonj.): Der in Aussicht genommene Dampfzug liegt in geheimer Segend und eignet sich für den Bau der Kaserne durchaus. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Die Abgg. Böcking (natl.) und Böcking (natl.) bitten gleichfalls die Posten zu bewilligen.

Abg. Graf von Helldorf (sonj.) spricht sich gegen den Antrag aus. Der Hauptplatz sei zu klein.

Generalmajor v. Hertgen bittet die Forderung zu bewilligen.

Abg. Graf Stolberg-Berningerode (sonj.) bemerkt, er habe den Hauptplatz vor 8 Tagen besichtigt. Der Platz sei keineswegs kumpfig. Der Hauptplatz sei zudem so billig, wie kein anderer in der Umgegend. Er werde entgegen seiner Stellungnahme in der Kommission für Bewilligung der Forderung stimmen.

Damit schließt die Diskussion. Die Position wird mit großer Majorität bewilligt.

Für Neubau und Ausrüstung einer evangelischen Garnisonkirche in Breslau werden 90,000 Mk. gefordert. Die Kommission beantragt Streichung dieser Position. Das Haus beschließt demgemäß.

Für Neu- und Ergänzungsbauten zur Verbesserung der Unterkunft für vier Eskadrons, sowie Neubau eines Gasmotorenverwaltungsgebäudes in Bruchsal werden als erste Rate 300,000 Mark gefordert. Die Kommission beantragt, nur 15,000 Mark als zweite Rate für den Entwurf zu bewilligen. Das Haus beschließt demgemäß.

Zur Verholländigung der wichtigeren Festungsanlagen werden 20 Millionen verlangt.

Abg. Groeber (Zentr.): Die für diesen Zweck geforderte Summe hat sich von Jahr zu Jahr erhöht. Der Kriegsminister hat in der Kommission keine bestimmte Zusicherung gegeben, daß sich diese Forderung nun nicht wieder erhöhen wird. Eine solche Zusicherung müssen wir aber verlangen. Auch frage ich an, ob eine Summe in dieser Höhe durchaus notwendig ist.

Kriegsminister v. Soltik: Was die Höhe der Summe betrifft, kann ich versichern, daß eine Forderung in dieser Höhe sich nicht wiederholen wird. Ich bitte aber dringend, Sie in diesem Jahre zu bewilligen. Wir müssen auf einzelne Festungen verzichten und dafür Festungen schaffen, die einen ganzen Landstrich decken.

Die Position wird bewilligt. Damit sind die einmaligen Ausgaben erledigt.

Die drei Resolutionen, über die im Laufe der Beratung schon debattiert ist, (1. es soll den Soldaten keine Beschriftung gemacht werden, in welcher Sprache sie berichten sollen, 2. es sollen die Stadthauptkassen in die Gewerklasse der Feldweibel versetzt werden, 3. es soll eine event. Erhöhung des Remontenankaufpreises erwogen werden), werden debattellos genehmigt. Damit ist die Beratung des Militäretats erledigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Verstrafung der Entziehung elektrischer Arbeit.

Nach dem bestehenden Rechte ist die rechtswidrige Zueignung fremder elektrischer Energie straflos. Das Reichsgericht hat die Bestimmungen über Diebstahl für solche Fälle für unannehmbar erklärt, weil diese die Körperlichkeit der gestohlenen Sache voraussetzen, diese Voraussetzung aber hinsichtlich der elektrischen Energie nicht zutrifft. — Der Gesetzentwurf droht Gefängnisstrafe ohne Verhängung nach unten und oben und Geldstrafe bis 1500 Mk. an oder eine dieser beiden Strafen. Neben Gefängnisstrafe kann auf Verlangen der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Der Versuch ist strafbar. Mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bis 1000 Mk. kann bestraft werden, wer die Entziehung elektrischer Arbeit in der Absicht begangen hat, einem andern rechtswidrig Schaden zuzufügen.

Abg. Esche (natl.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) schließt sich diesem Antrag an.

Abg. Gräber (Zentr.): Gegen die Vorlage ist nichts einzuwenden, die Kommission muß nur die vorgeschlagenen Strafmaße prüfen. Die Strafe muß mindestens ebenso intensiv sein wie beim Diebstahl.

Abg. Stadthagen (Soz.) bemängelt Unklarheiten, die durch die Wahl der Ausdrücke im Entwurf entstanden seien. Am unglücklichsten sei der Ausdruck „elektrische Arbeit“. Wichtig sei der Schutz der elektrischen Arbeit sei der Schutz der menschlichen Arbeit überhaupt, besonders der Schutz der Arbeit des Arbeiters. Hoffentlich werde in der Kommission die Ausgestaltung des Gesetzes in dieser Richtung gelingen.

Die Vorlage wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgen Petitionen. Eine Reihe von Petitionen verlangen Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes (freie Artzwahl). Das Haus beschließt Ueberweisung an den Reichskanzler als Material.

Einige Petitionen betreffend Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (Familienrecht) werden durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt.

Eine weitere Petition betreffend die Kommunalbesteuerung der Konsumvereine will die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wissen. Die Abgg. Abrecht (Soz.) und Genossen beantragen dagegen Ueberweisung an den Reichskanzler zur Berücksichtigung.

Abg. Warm (Soz.): Die Begründung, die die Waarenhaussteuer im Abgeordnetenhaus erfahren hat, erleichtert uns den Beweis, daß die bestehende Konsumsteuer als Erdfressersteuer im Widerspruch mit der Reichsgewerbeordnung steht. Während die preussische Regierung anerkennt, daß man erst bei einem Umsatz von 500,000 Mk. mit einer solchen Steuer vorgehen kann, falls nicht die Erdfresser der Betriebe die Folge sein soll, werden in Sachsen Umsatzsteuern von 2 pCt. auf Betriebe mit 50,000, 60,000 und 75,000 Mk. Umsatz erhoben. Diese Umsatzsteuer bedeutet also in der That nichts anderes, als eine Erdfressersteuer der Betriebe. Die Herren wollen den Mittelstand mit einer solchen Umsatzsteuer gegen die Konkurrenz der Konsumvereine schützen. Warum geht man nicht gegen die Großgrundbesitzer und die Großindustriellen mit denartigen Maßnahmen vor? Gerade die Herren der freikonfessionellen und konfessionellen Partei, die diesen Kreisen angehören, die am meisten dem Mittelstand schaden, wollen immer Mittelstandspolitik treiben und zwar auf Kosten der ärmeren Bevölkerung. Man spricht von den großen Konsumvereinen. Gewiß gibt es auch solche, aber das sind doch noch lange keine großindustriellen Vereinigungen. Die Dividenden der Konsumvereine ist doch nicht zu vergleichen mit der Dividende einer Aktien-Gesellschaft. Sie kann nicht als ein Sondergewinn betrachtet und mit einer besonderen Steuer belegt werden. Das ist eine Ungerechtfertigkeit. Uebrigens sind in den Konsumvereinen auch eine große Menge Handwerker vertreten, für die doch die Herren Mittelstandspolitik besonders sorgen wollen. Gerade diesen Handwerkern legen Sie durch die Umsatzsteuer eine neue Last auf. Außerdem hat jedes Mitglied noch ein Risiko zu tragen; nicht bloß, daß es 20-30 Mk. als Einlage zahlt, es muß noch für die Höhe des Anteils haften, falls der Verein nicht prosperiert. Beim Waarenhaussteuergesetz sollen 2 Prozent erhoben werden von Betrieben, die mindestens 50,000 Mark Umsatz haben. In Sachsen werden Konsumvereine, die weit geringeren Umsatz haben, mit 2 Prozent Umsatzsteuer belegt. Der Front den die Konsumvereine erzielen, steht nicht dem Einzelnen zu, sondern vertheilt sich in Tausende von Händen. Wenn es nach der Herren ginge, die für Waarenhaussteuer sind, würde man die

Steuer so aufgehalten, daß die Konsumvereine überhaupt nicht stehen können. Andererseits sind die Konsumvereine doch vornehmlich nützlich für die Arbeiter. Und die Konsumvereine sind doch durch die Umsatzsteuer getroffen, viel mehr als die Großbetriebe. Ich halte diese Besteuerung juristisch für unhaltbar. Allerdings dem wir Sozialdemokraten uns um die Konsumvereine kümmern, sind sie für gewisse Leute ein Gegenstand der Bewunderung. Das die Mitglieder zum größten Theile Sozialdemokraten sind, liegt einfach daran, daß die Arbeiter, soweit sie sich in Lebenslage kümmern, Sozialdemokraten sind. Wegen einer Besteuerung der Konsumvereine müssen wir ganz entschieden ablehnen. Die Konsumvereine sind nützliche, wohlthätige Einrichtungen die aus der eigenen Kraft der Arbeiter heraus entstehen. Die Genossenschaftsprinzip, das die Agrarier auf ihrem Gebiete für richtig halten, wollen sie bekämpfen, wenn es sich die Arbeiter Nütze machen. Das ist die Politik des zweiten Grades. Politik kann dem Respekt nicht erhöhen, sondern muß die Gebiltheit in den Arbeitern zum Ueberlaufen steigern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Geh. Rath Fischer sächsischer Regierung denkt nicht an eine Erdfressersteuer der Konsumvereine, sondern will nur einen Ausgleich zwischen Groß- und Kleinbetrieb herbeiführen. Meine Regierung hat sich auch brüskelhaft gegen eine Steuer erklärt, die mehr als 2 Prozent Umsatzes trifft. Daß die Umsatzsteuer in Widerspruch mit Reichsgewerbeordnung steht, halte ich für ganz falsch. Die Frage werden die Gemeinde zu entscheiden haben, da ein Antrag gegen die Gemeinde auf Zurückhaltung von 2000 Mk. erhoben Steuern gestellt hat.

Abg. Dr. Dertel (Sachsen, Konf.): Herr Warm fragte, man nicht auch den Großgrundbesitzer besteuere. Nun, Herr Warm hat aber in seinem sehr lesenswerthen Buche über die Agrarüberzeugung nachgewiesen, daß der Großgrundbesitzer lange nicht rentabel sei, wie z. B. der mittlere Grundbesitzer. (Gelächter.) Auch wir sind dafür, daß Großbetriebe jeglicher Art, die großen Umsatz haben, der Steuer unterworfen werden. Das ist was ich an dem sächsischen Gesetz aussetzen habe, ist, daß Steuer den Kommunen überlassen ist und nicht osm ausgeht. In der zweiten sächsischen Kammer wird man aber nicht versuchen, eine dahingehende Aenderung zu schaffen. (Gelächter.)

Darauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Dritte Lesung des Trags auf Aufhebung des Nikitarparagrafen in Utsak-Vothu und Rest der heutigen Tagesordnung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, 27. Februar 1900.

Das preussische Abgeordnetenhaus übermüdet die Vorlage über die Waarenhaussteuer einer Kommission von 21 Mitgliedern. Die Debatte, die voranging, bot nicht eine neue Gesichtspunkte. Herr Camp (freikonf.) trat für die Verneinung der großen Spezialgeschäfte ein und hegt Bedenken, der Betrag der Steuer den Kommunen zu überweisen. Vom Regierertisch wurde betont, daß die Waarenhaussteuer den Charakter kommunalsteuer behalten müsse. Gegen die Vorlage sprach in wirksamer Rede der natl. Abg. van der Borcht. Befürwortend war seine Schilderung der unbilligen Agitation der Kleinrentner gegen die großen Bazare. So ist der Vorschlag auf den Umsatz der Waarenhäuser von 10,000 Mk. an mit 1/10 pCt. für jede weiteren 10,000 Mk. mit einem weiteren Zehntel pCt. Steuer zu helegen. Herr van der Borcht rechnete heraus, daß einem Umsatz von 30 Millionen die Steuer 229 pCt. des Umsatzes betragen würde. Das ist in der That schon mehr als erdrückend. Ebenso gelungen ist der Vorschlag einer Gewinnerschätzsteuer, soll von den Kaufleuten erhoben werden, die nicht den Gewinn teilen, den der Staat vortreibt. Nehmlich wie der freikonfessionelle Dr. Krüger sprach sich Herr van der Borcht für die genossenschaftliche Selbsthilfe der kleinen Kaufleute und für Errichtung von genossenschaftl. Waarenhäusern und Einkaufvereinen aus.

v. Miquel sucht nochmals die Vorlage in längerer Rede zu rechtfertigen. Er betonte ausdrücklich, daß er durchaus keine Rede für die schwere Konkurrenz schaffen wolle, die die Waarenhäuser dem Kleinhandel macht. Die wirtschaftliche Ueberlegenheit der Waarenhäuser, die in der Verwendung großer Kapitale, in der bewaltigen Ersparnis der Raumkosten, in der Bequemlichkeit des Kaufs liegt, an einer Stelle alles zu finden, gab er unumwunden gerade wegen dieser Vorteile sollen die Waarenhäuser besteuert werden. Die Steuer soll dafür sorgen, daß die Kleinrentner in der Konkurrenz nicht direkt benachteiligt werden. Mit einem Lobgefangen die preussische Steuerpolitik, die immer die sozialen Gesichtspunkte hervorgehört, und auf die Höhenzollernkönige, die das Waarenhandwerk verdrängt hätten, obwohl damals ja auch der Kleinbetrieb in Landwirtschaft dem Großbetrieb bedeutend unterlegen gewesen ist, der Erdkommunikation seine Rede. Herr Dr. Bartz bon freif. Sp. erwiderte ihm recht geschickt. Er hat die Hoffnung, die Freunde der Erdfressersteuer in der Kommission so zu fordern stellen werden, daß die Regierung darauf nicht eingehen kann und aus der ganzen Vorlage nichts wird. Recht betonte er die Ueberlegenheit der Großhandelskattler in Bezug auf die Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben gegen den Kleinrentnerbetriebe. Nachdem noch ein dissentier

Aus aller Welt.

Ueber die Vermögenssteuer in Preußen und deren Ergebnisse nach der Veranlagung des 1899 werden in der „Starnberger Horn“ noch nähere Angaben gemacht. Daraus ergibt sich, daß Milliardäre in Preußen überhaupt nicht vorhanden sind, daß aber die 17 reichsten Familien zusammen eine Milliarde, nämlich 1008,5 Millionen Mark besitzen. Im Ganzen hat die Veranlagung 1899 84 Millionen, 1899 70 Millionen unverändertes Vermögen ergeben. Die Zahl der Familien hat in 3 Jahren zugenommen von 1,106,745 auf 1,221,576. Die „Mittelständler“ hören zwischen der 7. und 8. die Markmillionen zwischen der 15. und 16. Milliarde auf. Die kleinen Hausbesitzer Vermögen von 5000 bis 50,000 Mark umfassen die letzten 50 Millionen von 70.

Vielfertiger Redakteur gesucht. In dem in Düsseldorf erscheinenden „Amst“ wird für ein neues Fachblatt ein Redakteur gesucht, der des Morgens die Redaktionsgeschäfte zu besorgen, dann Abends die Redaktionsgeschäfte zu machen und Abends eine Damenkapelle zu dirigieren hat. Die Schlussbemerkung „Rechenbesichtigung erwünscht“ läßt an ein nicht allzu hohes Honorar für diese vielfältige Thätigkeit schließen.

Im Duell ist vor einiger Zeit in Württemberg ein Pionier erschossen worden. Rummel ist Pionierant Haupt, der erste Duellgegner von Schlabitz, der diesen eine ungeheure Beschädigung brachte, zu vier Monaten, Pionierant Schlabitz, dessen Regel Schlabitz sofort tot niederstreckte, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

13 1/2 Jahre lang Fremdenlegionär. Im Sommer 1886 wurde der seit 1886 inwärtige Gemeine 2. Klasse Georg Rühlend der 1. Kompanie des 15. Infanterie-Regiments, Mannes aus Amberg (Oberpfalz) in London eingeworben. Er ging damals aus Furcht vor Strafe flüchtig und ließ sich in Rom in Fremdenlegion anwerben. 13 1/2 Jahre lang diente er in dieser Legion und machte während dieser Zeit in London, Gen, Madagaskar und Dahomey vier Feldzüge mit, ohne verwundet zu werden. Er litt am gelben Fieber und wurde nach Bel Abes geschickt, und nach Wiederherstellung ohne Furcht nach Belfort. Wie es nun gewöhnlich bei Desertionen ist, ließ auch ihn der Franz nach der Heimkehr keine Ruhe, und so stellte er sich am Donnerstag Nachmittag freiwillig der Gendarmerie in Genéve, die ihn nach Mailand brachte, von wo er unter Begleitung eines Sergeanten und eines Gefreiten des Infanterie-Regiments Nr. 112 in dem Regimente eingeführt wurde. Nach dem vierzehnten Jahr im Abwesenheitsverhältnis vom

Militärbezirksgericht Würzburg zu 9 Monaten 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Es wird nun ein neues Verfahren gegen ihn eingeleitet.

Der schwedische Postdampfer „Nax“ ist bei Lohme auf Klagen gekracht. Die Strandung erfolgte früh 4 Uhr bei dickem, hartem Nebel und nordöstlichem Winde. Fünf Frauen vom Personal, darunter das Küchenmädchen u., sind beim Landen ertrunken. Die übrige Besatzung, Passagiere und Post befinden sich noch an Bord. Ein Raketen-Apparat von Lohme ist unterwegs, da mit Booten nicht an das gestrandete Schiff heranzukommen war. Das Schiff liegt sehr schlecht, die See geht hoch.

Die große Brandkatastrophe in Paris, bei der man weiß über hundert Menschen in die Spitäler bringen mußte, fand auf dem Lagerplatz der Firma Depina u. Co., der ein Terrain von 800 Quadratmetern umfaßt und 1,600,000 Liter Alkohol und Oel enthält, statt. Der Brand war so groß, daß mehrere Blätter ihn als ein wahres öfentliches Unglück bezeichneten. Sonntag früh halb nach 7 Uhr stürzten Arbeiter auf die Straßen und schrien, daß Feuer in der Fabrik ausgebrochen sei. Die Feuerwehr trat sofort in Thätigkeit, aber es wurde bald klar, daß es unmöglich sei, mächtige Fässer Alkohol, die im Keller lagerten, vor der Berührung mit den Flammen zu schützen. Die Fässer explodierten eines nach dem anderen, die Flammen, die abwechselnd weiß, rosa und blau erschienen, wüthten bis hundert Meter in die Höhe. Die Besatzung der benachbarten, durch einen freien Platz von den Fabrikgebäuden getrennten Häuser glaubten sich zunächst nicht in Gefahr. Ein Explosionsstich bedeckte den Himmel, während das Haus bereits zu brennen begann. Als man die Gefahr erkannte, stürzte Alles aus dem Häuten und suchte an Wänden zu retten, was zu retten war. Die Flammen waren sich, vom Winde niedergebogen, in einzelnen Augenblicken plötzlich auf die Straße und setzten Häuser, Telegraphenmasten und einen Bogen, der eben vorüberfuhr, in Brand. Die Hitze war auf dreihundert Meter so groß, daß Fenster scheibeln zerbrachen. Fast der ganze Pariser Umkreis wurde durch die Hitze der Flammen erreicht. Gegen zwei Uhr Morgens war die Gefahr beendet, das Feuer löschte aber noch mehrere Tage fortzuwähren. — Der Schaden war auf zwei Millionen Francs geschätzt.

Reisereise in einem Champagnerhause. Ein in seinen Ursachen noch nicht vollständig aufgeklärter Unglücksfall ereignete sich in der Oberkammerstadt Epervay. Am Sonntag

zwischen 2 und 3 Uhr Morgens stürzten die Kelleren Champagnerhause Pol Roger in der Länge von 75 und der Breite von 60 Metern ein. Der Einsturz ging 30 Meter tief, es sind circa fünf Millionen Francs zu Grunde gegangen. Das Erdreich der Champagne ist reich an Kreide. Die Formation des Terrains auf welchem das Haus Pol Roger gebaut ist, hat durch hunderte als Ablagerungsplatz gedient für bei Warten ausgehauene Kreideerde. In diese Kreideerde sollen nun Keller hineingegraben worden sein. In Folge des anhaltenden Regens der letzten Jahre ist das Erdreich unterwaschen worden, und mit donnerähnlichen Stößen stürzten die Keller ein. Glücklicherweise ist kein Menschleben zu beklagen.

Im letzten Sturm gingen, wie jetzt festgestellt ist, vier Fahrzeuge mit 29 Mann Besatzung an dem französischen Küste in acht englische Fischdampfer mit 72 Mann werden vermisst.

Literatur.

Revue der Parteireuen. In Nr. 22 der „Revue“ spricht Mehring anlässlich des Streits zwischen Herrn von Bismarck und Herrschel Bismarck über „Das Ende der Sozialistengesetze“. Besonders interessant ist gegenüber dem Wissen immer wiederkehrenden rationalen Lehren die Stellung, daß Kaiser Wilhelm II. am Kronrat vom 24. Januar die Annahme des um die Ausweisungsbefugnis verdrängten sozialistengesetz bekräftigt habe und nur an Bismarck's Widerstand gesteuert sei. In der That beruht seine Ansicht über den Parteieinigungs Kongress. Er meint, der französische Sozialist habe Sektirerthum und Opportunismus jetzt erduldet, über den er sei in eine Periode der organischen Einigung und des politischen Handelns getreten. Wenn er auch in gebührender Achtung dem Wissen des anderen revolutionären Bewegungen nicht schuldig würde, so gäben ihm doch sein Opportunismus und sein Feuer eine hervorragende Bedeutung. Kantely veröffentlichte in der Revue zur französischen Ausgabe von Bernstein's Kritik D. B. spricht anlässlich des dreißigjährigen Geburtstages Calderon de la Barria über den französischen Dichter, von dessen Werken sich nur der „Richter vom Gaiety“ auf der deutschen Bühne erhalten habe. Mehring zeigt an, daß Dramen dessen Unvermögen auf, seine geistreiche Kraft auf geistlich-fürstlichen Leben der Zeit zu bewahren.

Nationalliberaler, der Abg. Horn, eingetreten war und der freilich, Abg. Stachoff seinem Vorschlag gegen die Konsumvereine, die er besonders gern treffen möchte, und die Filialgeschäfte Luft gemacht hätte, wurde die Vorlage, wie bereits gesagt, einer Kommission überwiesen. Morgen stehen kleinere Etats auf der Tagesordnung.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungskommission. In der Sitzung am Dienstag wurde die Beratung darüber, wie die Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden sollen, fortgesetzt. Nachdem in der vorigen Sitzung beschlossene worden war, daß auch fernerhin die Berufsgenossenschaften mit dem Erlaß der Unfallverhütungsvorschriften beauftragt werden sollen, versuchten die Sozialdemokraten innerhalb der Berufsgenossenschaften eine volle Mitwirkung der Arbeiter zu sichern. Zu diesem Zwecke beantragten sie, daß die endgültige Abstimmung über die Unfallverhütungsvorschriften stets erfolgen soll in einer Sitzung des Vorstandes, zu der die Vertreter der Arbeitervertreter mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder zugezogen sein müssen. Hierdurch würde der jetzt vielfach zu Tage getretene Mißstand beseitigt werden, daß diejenigen Verbesserungen, die die Arbeitervertreter in der Vorstandssitzung durchgesetzt hatten, von der Genossenschaftsversammlung abgelehnt werden, weil in der letzteren die Vertreter der Arbeiter nicht zugegen sind und daher auch nicht ihre Anträge verteidigen können. Die Regierung gab sich wieder große Mühe, den jetzigen Mißstand zu erhalten. Die Berufsgenossenschaftsversammlung mußte bei der Abstimmung über die Unfallverhütungsvorschriften das letzte Wort haben, weil sonst die Unternehmer sich wieder passiv zeigen und die Vorschriften noch weniger beachten würden als bisher. Diese Reden machten aber wenig Eindruck selbst auf die bürgerlichen Abgeordneten, da die Ungerechtigkeit des von den Sozialdemokraten gerügten Mißstandes zu klar auf der Hand lag. Eine Abhilfe wurde daher von allen Parteien verlangt. Der sozialdemokratische Antrag ging jedoch den bürgerlichen Parteien zu. In den Fällen, in denen die Genossenschaftsversammlungen die Beschlüsse des Vorstandes ablehnen oder nur ganz unwesentlich ändern. Im Lauf der Debatte schlägt jedoch der Abgeordnete Noeßke (Dessau) einen Zusatz zu einem der folgenden Paragraphen vor, wodurch der Mißstand, soweit er auch von den bürgerlichen Abgeordneten anerkannt worden war, beseitigt werden soll. Ein zweiter sozialdemokratischer Antrag verlangte, daß die Verhandlungen des Genossenschaftsvorstandes über die Unfallverhütungsvorschriften durch einen unparteiischen Vorsitzenden geleitet werden und zwar durch den Schiedsgerichtsvorsitzenden des Ortes, an dem der Genossenschaftsvorstand seinen Sitz hat. Erst durch eine unparteiische Leitung würde das gleiche Recht der Arbeiter und Unternehmer gesichert sein. Außerdem könnte ein unparteiischer Vorsitzender durch angemessene Vermittlungsvorschläge zu einer Verständigung bei abweichenden Meinungen am besten beitragen. Auch dieser Antrag findet nicht die Mehrheit. Dagegen wird ein Antrag Noeßke angenommen, wonach zu diesen Beratungen das Reichsversicherungsamt eingeladen werden soll. Letzterem wird dadurch die Möglichkeit gegeben, zu den Verhandlungen einen geeigneten Mann zu entsenden, der, ohne die Leitung zu übernehmen, alles das ausführt, was der sozialdemokratische Antrag von dem unparteiischen Vorsitzenden erwartete. Als eine weitere Verbesserung kann begrüßt werden, daß den Vertretern der Arbeiter mit der Einladung zur Beratung der Entwurf der Vorschriften zugestellt werden muß, über die beraten werden soll. Die Arbeitervertreter können sich jetzt also ihre Stellung zu den vorgeschlagenen Vorschriften vorher gründlich überlegen und etwaige Änderungsanträge bei Zeiten vorbereiten. Die Vertreter der Arbeiter zu diesen Beratungen sollen nach dem Regierungsentwurf gewählt werden von den Aufsichtsratsmitgliedern der Invalidenversicherungsanstalten, die als Vertreter der Versicherten berufen sind. Obgleich dies Wahlverfahren ganz unpraktisch ist, wird es doch von den bürgerlichen Abgeordneten angenommen unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, der geheime, gleiche und direkte Wahl durch die beteiligten Arbeiter forderte.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratische Marinebilder. Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“. Dresden. Preis 10 Pf. Luftiges und Gernstes zusammen bietet diese kleine Schrift. Auf dem knappen Raum von 16 Seiten — darunter 8 1/2 Seiten Illustrationen — ist eine fröhliche Fülle des Stoffes zusammengedrängt. Die Zeichnungen stehen in nichts hinter unseren besten Witzblättern zurück. Wir heben hervor: 1. Die gepanzerte Faust, zwei Bilder — eine bitterböse Kritik des Marinepatroismus. 2. Das Zentrum und die Marineforderungen — ein launenhafter, sehr amüsanter Bilderzirkus. 3. Des deutschen Steuereinzahlers Gedanken — eine Bilderreihe, die in ihrer lebenswahren Schilderung ergreifend wirkt. 4. Beschäftigung für Arbeitslose u. a. m. Es sind zusammen fünfzehn Einzelbilder in vorzüglicher künstlerischer und technischer Ausführung. Der Text bietet viel mehr, als man nach dem Titel erwarten dürfte. Er ist nicht nur eine Abschätzung mit dem Marinepatroismus, sondern mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien launig und sonderbar und mit dieser ganzen kapitalistischen Wirtschaft. Wer diese Schrift zu Ende liest — und hat jemand sie erst zu lesen angefangen, so muß er sie zu Ende lesen, sie packt ihn, hält ihn mit einzelnen Klammern der Logik fest und läßt ihn nicht frei, bis er unbemerkt für sich selbst am Ende ist — dann sagt er: „Nein, so geht es nicht weiter. Hier muß Wandel geschaffen werden. Und Wandel schafft allein die Sozialdemokratie!“ Wir möchten jedem Arbeiter zur Pflicht machen, diese billige, inhaltreiche und schon ausgestattete Broschüre zu kaufen und seine Freunde und Bekannten dazu zu veranlassen: er wird dadurch seiner Sache des kämpfenden Proletariats einen guten Dienst erweisen.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Was vorher zu befürchten war, ist eingetroffen. Die Herren Grubenverwalter haben sich der „unbeliebtesten“ ihrer Arbeiter entledigt und ihnen den Stuhl vor die Tür gesetzt, indem sie erklärten, keine Arbeit für sie zu haben. Die Herren dürften sich aber auf alle Fälle eines Besseren bedienen, wenn sie erst gezwungen werden, die Kassenelder auszuwählen. Die Amtshauptmannschaft erläßt nachstehende Bekanntmachung:

Nachdem der Zustand der Bergarbeiter im Zwickauer Steinkohlenrevier als bedenklich anzusehen ist, werden hiermit die unter dem 17. beziehentlich 19. d. Mts. getroffenen Anordnungen wegen Schließens der öffentlichen Schank- und Gastwirtschaften, Verhols wegen Abhaltung öffentlicher Versammlungen und öffentlicher Tanzmusik wieder aufgehoben. Die königl. Amtshauptmannschaft. Dr. Schnorr v. Carolsfeld.

Auch die Gendarmen sind wieder abberufen worden, so daß jetzt alles wieder beim alten ist.

Arbeiterbewegung.

Die Ausdehnung des Berliner Holzarbeiterstandes Haupt wird in Arbeitsgeräten und auf das Baugewerbe überaus wichtig. Die Arbeiterbewegung hat sich in dieser Hinsicht als 50,000 Arbeiter direkt und indirekt in Mitleidenhaftigkeit gesehen. Wie schon berichtet, haben sich die Bauhelfermeister

verpflichtet, die Möbelbranche in jeder Beziehung zu unterstützen. Es besteht für die Gruppe der Bauhelfer eine besondere Organisation des „Zentralverbandes der Bauhelfermeister“, der im vorigen Jahre reorganisiert wurde und dem von 160 Bauhelfern schon 125 angehören. Eine Einstellung der Arbeit auf den Baustellen seitens der Tischlermeister wird notwendigerweise die anderen Baubranchen sehr empfindlich treffen. Bei der gereizten Stimmung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die in der Baubranche überhaupt herrscht, ist ein Kampf auf der ganzen Linie zur Unterstützung der Holzarbeiter nicht ausgeschlossen.

Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen im Tischlergewerbe sind am Montag wiederum in verschiedenen Werkstätten erfolgt. Es sind in einer Reihe von Betrieben ca. 500 Arbeiter aus dem Betriebe auf Grund der Beschlässe der Holzindustriellen ausgesperrt worden. In manchen Werkstätten legten die noch verbleibenden Arbeiter freiwillig die Arbeit nieder, indem sie sich mit den ausgesperrten solidarisch erklärten und die bekannten Forderungen des Holzarbeiterverbandes zur Geltung brachten. Nach den Verhörungen der Lohnkommission sollen jetzt 1800 Mann zu den neuen Bedingungen arbeiten und ca. 6500 sich im Streit befinden.

Kürschnerstreik in Leipzig. Wie mitgeteilt wurde, ist der Streik der Kürschner-Zurichter von Leipzig und Umgegend zu Gunsten der Wesselen beendet.

lokales und Provinzielles.

Breslau, den 28. Februar 1900.

Zur Breslauer Landtagswahl.

Der schriftliche Bericht der Wahlprüfungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses über die Wahlen in Breslau ist nunmehr im Druck erschienen. Wir entnehmen demselben Folgendes:

In der Kommission des Landtages beantragte der Referent, die Wahl der drei Abgeordneten im Wahlkreis IV, Breslau, für ungültig zu erklären, die Wahl des Wahlmannes Niebur im Wahlbezirk 164 und der Wahlmänner Hahn, Grünwald und Deter (Wahlbezirk 378) ebenfalls für ungültig zu erklären, deren Ungültigkeit bereits im vorigen Bericht festgestellt sei. Der Korreferent beantragt, prinzipiell die beantragten Wahlen für gültig zu erklären, event. aber zuzugewilligte Vernehmung des Referenten eines Mannes der sozialdemokratischen Partei, Schriftsteller Brubns, darüber, an wie viele sozialdemokratische Wahlmänner eine Entschädigung für entgangenen Verdienst und Gehalt worden ist, und wie hoch diese Beträge im einzelnen waren. Von verschiedenen Seiten wurde darauf erwidert, daß nach den dem Referenten angeführten Thatfachen jeder Zweifel an der Ungültigkeit der beantragten Wahlen erledigt sei. In der öffentlichen Verhandlung des Beschlusses der sozialdemokratischen Partei, die freiständigen Kandidaten zu unterstützen und den zu diesem Zwecke gewählten Wahlmännern nach der Wahl fünf bis sechs Mark zu bezahlen, läge unter allen Umständen schon eine große Wahlbeeinflussung. Tatsächlich könne dies als Bestechung angesehen werden, sich durch die Stimmabgabe in der gewünschten Weise verhältnismäßig auf leichte Art Geld zu verdienen. Diese Beeinflussung würde bei der geringen Stimmenzahl, die die gewählten Abgeordneten über die absolute Majorität erhalten hätten, ohne Weiteres deren Wahl als ungültig erscheinen lassen. Denn statistisch hätten die Sozialdemokraten mit ihren 70-80 Wahlmännern den Ausschlag gegeben. Dieser wurde noch besonders hervorgehoben, daß, wie schon im vorigen Bericht ausgeführt, das offensichtliche Handeln mit Geld im Wahllokal, wie es diese Beweise auch ergeben hätten, als den Statuten zuwiderlaufend schlechterdings unzulässig und unter keinen Umständen zu dulden sei. Von anderer Seite wurde dagegen der Eventual-Antrag des Korreferenten auf Vernehmung des sozialdemokratischen Vertrauensmannes befürwortet, um einige ziffernmäßige Anhaltspunkte zur Beurteilung der Stimmverhältnisse zu gewinnen. Auch wurde von dieser Seite hervor betont, einen bedenklichen Präzedenzfall zu schaffen. Denn es könne sich sehr wohl einmal ereignen, daß eine Partei nur zu dem Zwecke, um eine ihr nicht genehme Wahl ungültig zu machen, zu dem Mittel, solche Selbstzahlungen zu veranlassen, greifen könne. Demgegenüber wurde von verschiedenen Seiten, ohne Widerspruch zu finden, betont, daß selbstverständlich ein derartiges, d. h. solches Verfahren nicht gerechtfertigt sein würde, eine an sich unanfechtbare Wahl ungültig zu machen. Die Kommission würde sich vielmehr für jeden solchen Einzelfall die freie Würdigung der gesamten tatsächlichen Verhältnisse vorbehalten. Einen Präzedenzfall in der angeordneten Richtung zu schaffen, sei durchaus nicht beabsichtigt. Schließlich richtete ein Mitglied noch die Mahnung an die Kommission, der hier zum ersten Male in Szene gesetzte sozialdemokratische Prozeß energisch entgegenzutreten. Es handele sich hier keineswegs nur um eine Ungebilligkeit und Täuschung einzelner Personen, sondern um den Anfang eines Systems der Korruption, dessen Fortsetzung die unersenklichen Erscheinungen, die sich in Wahlkämpfen anderer Länder zeigen, auch bei uns einbürgern würde. Bei der hieraus vorgenommenen Abstimmung wurde zunächst der Eventual-Antrag des Korreferenten mit 10 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Ueber die Gültigkeit der beantragten Wahlen wurde auf Antrag des Korreferenten einzeln abgestimmt und dieselben mit 11 gegen 1 Stimme für ungültig erklärt. Ferner wurde die Wahl der obgenannten 4 Wahlmänner einstimmig für ungültig erklärt. Der Antrag der Kommission geht daher dahin:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1. Die Wahl der drei im Wahlkreis IV gewählten Abgeordneten Schneider, Gohren, Wetschur für ungültig zu erklären. 2. Die Wahl des Wahlmannes Niebur im Wahlbezirk 164 und die Wahl der Wahlmänner Hahn, Grünwald und Deter im Wahlbezirk 378 gleichfalls für ungültig zu erklären.

Wir haben unserer Ansicht über das empörende Verfahren der Mehrheit der Kommission schon mehrfach entschieden Ausdruck gegeben. Wenn man die beschuldigten sozialdemokratischen Wahlmänner oder den sozialdemokratischen Vertrauensmann Brubns vernommen hätte, wäre es z. B. unmöglich gewesen, zu behaupten, daß den sozialdemokratischen Wahlmännern nach der Wahl fünf bis sechs Mark gezahlt worden sollten. Tatsächlich hat jeder Wahlmann fünf Mark aus der sozialdemokratischen Parteikasse empfangen, auch diejenigen, deren Wahl für ungültig erklärt wurde, deren Stimmen also für die Wahl gar nicht in Betracht kamen. Und zwar haben diese wie andere Wahlmänner, die nicht im Besitze von Geld waren, um ihre Zehrkosten zu decken, den Betrag sofort, noch vor den Abgeordnetenwahlen, erhalten. Es liegt ja auch für jeden verständigen Menschen auf der Hand, daß ein Betrag von fünf Mark als Entschädigung für Arbeitsverweigerung und event. für den vierzehntägigen Aufenthalt in einem öffentlichen Lokal durchaus bescheiden und keineswegs geeignet ist, als Kaufsumme für eine Wahlstimme zu dienen. Nur raffinierte Niedertracht kann darin „den Anfang eines Systems der Korruption“ erblicken. Die politische Korruption dürfte, wenn schon, dann bei gewissen anderen politischen Parteien Deutschlands gewiß viel mehr zu Hause sein, als bei der Sozialdemokratie, deren politischer Ehrenschild blitzsauber ist!

Zur Lokalfrage. Wie uns von der Lokalkommission mitgeteilt wird, besteht kein Anlaß zu einer Entmündigung.

in der Frage des Erwerbs eines eigenen Lokals. Sofort nach dem Scheitern des Staltheater-Projektes, das allerdings von allen Seiten so gut wie abgeschlossen angesehen wurde, hat sich die Kommission an die Ausführung anderer Pläne gemacht, die auch Aussicht auf Erfolg versprechen. Da Dank der Bereitwilligkeit der Gewerkschaften nunmehr eine ansehnliche Geldsumme vorhanden ist, wird alle neue Arbeit leichter von Statten gehen. Deshalb wird an alle Gewerkschaftler und Genossen appelliert, mit dem bisherigen Eifer an der Sache mitzuarbeiten.

* Genosse Paul Löbe trat heute die ihm wegen Verleumdung des sächsischen Oberlandesgerichtes zubilligte Strafe von 2 Monaten im Gefängnis auf der Klefischstraße an. Hoffentlich bereitet ihm dieser unfreiwillige Aufenthalt in Staatspension umförender Schaden, als er ja hinreichend Gelegenheit hat, während dieser Mühe über die Einseitigkeit der deutschen Rechtsprechung gebührend nachzudenken. Ein sühner Trost ist ihm beschieden — wenn er die gastlichen Räume jenes Hotels verläßt, dann wird ihm der 1. Mai entgegenfallen und die Breslauer Arbeitererschaft sich mit ihm vereinigen in dem Gelübde: Wir kämpfen weiter für Recht und Wahrheit!

* Die Arbeit niedergelegt haben heute früh sämtliche 11 Sattler, die in der Dreibriemenfabrik von Barthelsheld in der Auguststraße 82 beschäftigt waren. Die Ursache zu diesem Schritte soll in der Behandlung der Arbeiter seitens des Chefs resp. dessen Sohnes zu suchen sein.

* Eine große öffentliche Versammlung der Hausdiener, Kutsher, Speicherei- und Kellerei-Arbeiter findet am Dienstag, den 6. März, in Friedrichs-Str. 4, statt. Die reichhaltige Tagesordnung wird einen zahlreichen Besuch der Beteiligten herbeiführen. Es soll eine Petition abgefaßt werden, welche die Gefahren der elektrischen Straßenbahntrassen für den Straßenverkehr darstellt und um Abhilfe ersucht. Gerade in letzter Zeit ist es wieder oft vorgekommen, daß Grobchlenbesigern durch das Herabfallen von Drähten das Pferd erschlagen oder verletzt wurde, ohne daß eine Entschädigung für solche Verluste zu erlangen ist. Beim zweiten Punkt wird über die Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute u. c. und beim dritten Punkt über die freiwilligen Unterstützungsvereine verhandelt werden.

* Zum Hauseinsturz. Das Grundstück Berlinerstraße 63 war am heutigen Tage das Ziel der nach Tausenden zählenden Schaustellungen. Nachdem, wie schon gemeldet, am Montag Abend der noch stehende gebildene Teil der Giebelwand in sich zusammengebrochen war, war die Straße für den Wagenverkehr gesperrt worden, da ein weiterer Zusammenbruch des Mauerwerks zu erwarten war. Für den Fußgängerverkehr ist der Weg an den gegenüberliegenden Häusern entlang frei gehalten worden. Nach dem vollständigen Einsturz der Giebelwand und der damit verbundenen Beschädigung zahlreicher Obermauern, die durch alle Stockwerke führte, war das über diesen Teil des Hauses gelegene Dach freischwebend geblieben. Am Dienstag Nachmittag traten Feuerwehmannschaften unter Leitung des Herrn Brandinspektors Götze wiederum in Thätigkeit, um Vorkehrungen zu treffen, die ein weiteres gefährdendes Zusammenstürzen zu verhindern bestimmt waren. Mit Hilfe starker Sägen wurde die Balkenlage der Dachkonstruktion durchgetrennt. Die Mannschaften gingen zuerst vom Treppenhause vor. Später wurde auch die Mittelwand der Giebelwand, die eine Verbindung mit dem Dach bildete. Um verschiedene das zum Teil freischwebende Dach noch stützende Reste der Innenwände zum Wanken zu bringen, trat gegen 6 Uhr eine Dampfmaschine in Thätigkeit, die zwei Schlauchgänge speiste. Jedoch wurde der erhoffte Erfolg zunächst nicht erzielt. Dem Versuchen nach sollen Montiere die Niederlegung verschiedener, dem Einsturz nahe Mauern des betreffenden Hauses ausführen.

* Eine lebenswürdige Behandlung soll, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, bereits mehrmals, einem Arbeiter Menzel in der Maschinenbauanstalt Breslau zu Teil geworden sein. Derselbe Arbeiter (Kernmacher) wurde auch in vergangener Woche wegen eines geringfügigen Verstoßes, durch welches eine Arbeit unbrauchbar geworden war, vom Meister ein Schlag ins Gesicht verabfolgt. Besonders zu beachten ist, daß der Betroffene ein sogenannter „Ungelehrter“ ist, der die ihm angetragene Arbeit bisher noch nicht ausgeführt hatte und auch daher naturgemäß nicht die Einzelheiten kennen konnte. Strafantrag ist gegen den Werkmeister gestellt worden. Zu beantworten bleibt die Frage: Wird durch solche Arbeiterbehandlung das Verhältnis in einer Fabrik gebessert?

* Klopfen der Teppiche u. c. Zu der unter dem 17. d. M. erlassenen Breslauer Polizei-Verordnung, betreffend die Einschränkung des Klopfens von Teppichen u. c., bemerkten wir zur Information der beteiligten Kreise, daß der § 120 der Straßenpolizei-Verordnung vom 23. März 1891, welcher das Klopfen und Ausstauben von Betten, Matrasen, Fußdecken u. dgl. auf Straßen u. dgl. belegen, in § 120 in allgemeiner Fassung, durch die Bestimmungen der Verordnung vom 17. d. M. nicht berührt wird und nach wie vor bestehen bleibt.

* Stadt-Theater. Donnerstag wird Verdis große Oper „Aida“ wiederholt. Am Nachmittag findet die dritte Aufführung von Schillers „Wilhelm Tell“ für die hiesigen Volksschulen statt. Am Freitag wird Grillparzers Trauerspiel „Des Meeres und der Liebe Wellen“ aufgeführt.

* Lobe-Theater. Morgen, Donnerstag, findet die neunte Aufführung von Ivens Schauspiel „Hedda Gabler“ statt. — Für Freitag ist eine Wiederholung der Operette „Die Puppe“ angesetzt. — Volkshorstellungen im Thalia-Theater. Als letzte Vorstellung der laufenden Serie gelangt heute, Mittwoch, für Gruppe L, morgen, Donnerstag, für Gruppe M das beliebte Lustspiel von Ad. Pironne „Doktor Klaus“ zur Aufführung. Die weitere Ausgabe der neuen Abonnements für die Gruppen N, O, P erfolgt nunmehr täglich von 10-2 Uhr im Rendantur-Bureau des Stadt-Theaters.

* Unglücksfälle. Ein auf der Friedrichstraße wohnender Mann verletzte sein Kind durch Schläge mit der Kohlen-schaufel schwer am Kopf. — Einem Schulknaben in der Ottostraße wurde durch eine zufällige Haustür ein Finger zerquetscht. — Eine Arbeiterfrau schnitt sich beim Holzspalten den Ballen der linken Hand auf. — Ein Maurer wurde am 26. d. M. Nachts auf der Rosenbaderstraße angefallen und durch Suche um Messern am Kopf verletzt. — Ein Arbeitsbürche wurde auf d. Berliner Chaussee von einem Hund tief in den rechten Arm gebissen. Den Verletzten wurde durch den Verein freiwilliger Krankenpfleger schnell Hilfe geleistet. — Am 24. d. M. wurde auf dem Weg ein Handelsmann durch einen Bierwagen ungerissen. Der Mann erlitt eine Verletzung des rechten Armes. Der Kutsher fuhr den Verunglückten zur Unfallstation auf der Carlstraße.

* Zusammenstoß. Am 26. d. Mts., Abends, stieß auf der Orlauerstraße das Motorrad der Frau mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Das Motorrad wurde hierbei erheblich beschädigt.

* Selbstmord. Am 26. d. Mts., Abends, wurde in dem Pferdehau eines Hauses auf der Mauritiusstraße ein Arbeiter erhängt aufgefunden. Er soll sich angeblich aus Furcht vor dem Antritt einer neuen Ehequaderlei über ihn verhängten Strafe getötet haben. Die Leiche wurde nach der Anatomie geschickt.

Alarmierung der Feuerwehr. Am 26. d. Mts., Abends, gelang es einer Wohnung des Hauses Schmeidebrücke 57 eine Gasleuchte in Folge davon ein Teil der Lampe, wahrscheinlich durch unvorsichtigen Umgang mit Licht veranlaßt, in Brand. Die Bewohner hatten vor Eintreffen der Feuerwehr jede Gefahr beseitigt und das Feuer erlosch.

Diebstahl. Aus einem Komptoir auf der Friedrich-Wilhelmstraße wurden mittels Einbruch aus einem verschlossenen Kasten 25 Mark gestohlen. Der Eindringler hatte sowohl die Eingangstür als Komptoir wie das Kasten mit einem Hebel erbrochen. — Auf dem Bodenräumen eines Hauses auf der Schleichwerderstraße wurden eine blaue Blouse, ein englischledernes Beinleid und Wollhose gestohlen. — Einem Fleischhacker wurde, als er auf der Klosterstraße einem beirathenen Wesen in eine Drochle half, sein Regenkleid gestohlen. — Festgenommen wurde durch die Kriminalpolizei ein Schuppenarbeiter, welcher in Hamburg 500 Mark gestohlen hatte. Das Geld hatte er bis auf etwaige 30 Mark bereits verjubelt.

Unfalllicher Tod. Als der Musiker Rodbigalla am Montag Nachmittag in Begleitung mehrerer Kollegen die Sandstraße entlang ging, wurde er plötzlich von Unwohlsein befallen. Man nahm ihn in ein Haus, wozu ein Arzt gerufen wurde. Derselbe konnte nur den leichten anscheinend in Folge eines Herzschlages eingetretenen Tod feststellen.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 26. d. Mts. 29 Personen eingeliefert. — Gesunden wurden: Eine Federboa, ein Korallenring, ein Medaillon mit zwei Photographien, eine goldene Damenuhr und ein Vincenz mit Stahlbügel. — Abhandelt kamen: Ein Portemonnaie mit 6 Mark und ein goldener Damenring mit einem blauen Stein. — Entlassen ist ein gelblichweißer Hund.

Zur Schwebewegung der hiesigen Löhner können wir berichten, daß in der am Dienstag im Restaurant Kritikus abgehaltene, von circa 200 Personen besuchte Versammlung einstimmig beschloffen wurde, den jetzt bestehenden Lohnstarif des Arbeitervereins vom 31. März d. J. zu kündigen. Der jetzt noch bestehende Lohnstarif enthält verschiedene unfaire Bestimmungen, welche zu Mißverständnissen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ja sogar zu Klagen vor dem Gewerbegericht Anlaß geben. Die Lohnkommission hat nun einen neuen Tarif ausgearbeitet, der neben Ausbesserung der verschiedenen Unfairheiten hauptsächlich eine 3-Prozentige Lohnsteigerung enthält. Vor der Beschlußfassung wurden die zwischen den Lohnkommissionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschickten Schriftstücke besprochen, aus denen hervorgeht, daß nach Ansicht der Arbeitgeber der Tarif bis zum Ende April d. J. besteht und demnach auch erst vier Wochen vor diesem Zeitpunkt gekündigt werden könnte. Es wurde aber in der heutigen Versammlung nachgewiesen, daß der Tarif für die Zeit vom 1. April 1899 bis 31. März 1900 abgeschlossen ist. Die Arbeitgeber hätten im April d. J. erachtet, daß die wirkliche Bezahlung nach diesem Tarif erst vom 1. Mai d. J. ab erfolgen sollte. Um des lieben Friedens willen hatte eine sich im April d. J. mit dieser Angelegenheit beschäftigende Löhner-Versammlung beschloffen, diesem Entschluß zuzustimmen unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß der Tarif

als abgeschlossen vom 1. April 1899 ab gilt. Wenn die Löhner gekündigt während der Zeit vom 1.—30. April vorigen Jahres noch mit der Bezahlung nach dem alten Tarif zufrieden waren, so geschah dies nur, um den Arbeitgebern Zeit zu ihrem neuen Geschäftsabschlüssen zu geben. In Erledigung dieses Punktes wurde der Eingangsmehrheit Beschluß einstimmig gefaßt. Hierauf gelangte folgender vom Vorstande der lokalorganisierten Löhner und Berufsvereinigungen im Auftrage der Mitglieder eingebrachte Antrag zur Besprechung:

Wir Unterzeichneten beantragen, daß die heutige öffentliche Versammlung der Löhner und Berufsvereinigungen Breslaus und Umgebung die lokale, durch Vertrauensmänner zentralisierte Form unserer Organisation anerkennt — und Grund dessen noch mindestens zwei Kollegen dieser Richtung in die bestehende Lohnkommission wählt, welche bereits nominiert sind.

Mit dem zweiten Theil dieses Antrages, betreffend die Wahl zweier Lokalführer in die Lohnkommission erklärte sich die Versammlung einverstanden. In der verlangten Anerkennung der lokalen Organisation wurde jedoch vom Vorsitzenden Kollege Neuberger, sowie Säbel und Anderen darauf hingewiesen, daß dies jetzt Sache des Gewerkschaftsartikels sei. Seitens der lokalorganisierten Löhner wurde hiernach von der Nominierung zweier Lohnkommissionsmitglieder abgesehen.

Neueste Nachrichten.

Bei der am Dienstag stattgehabten Wahl im Reichstagswahlkreise Halbes-Waldes erhielt, wie der „Vorwärts“ meldet, der nationalliberale Kandidat Plade 19,333, der bisherige sozialistische Abg. Schmidt 17,784 Stimmen. Plade ist also gewählt, unter Schmidt, der noch mehrere hundert Stimmen über die bei der 1898er Hauptwahl erzielte Puffer erzielte, ist der vereinigte bürgerlichen Koalition von rechts und links ehrenvoll erlegen!

Vom Krieg in Südafrika.

Die Transvaalregierung erklärt nach der „Schiefen“ trotz der Kapitulation Cronje's werde in der erbittertesten Weise der Krieg seitens der Buren fortgesetzt werden, falls England seinen annehmbaren Frieden bietet.

Aus Kapstadt wird gemeldet, daß die Kasernen des Generals Jensch auf Bloemfontein vorrückt. Präsident Steyn habe an Kruger telegraphirt, daß Roberts nur noch zwei Stunden von der Stadt entfernt sei; es müsse schnell zu Hilfe kommen.

In Londoner offiziellen Kreisen herrscht Besorgnis und Bedröpfung darüber, daß Marshall Roberts bei der Uebergabe Cronje's nur sehr kleine Geschütze erbeutet hat. Im Kriegssamt ist man geneigt zu glauben, daß Cronje seine großen Kanonen in Magazinen oder in Baardberg wahrscheinlich früher vergraben hat.

Standesamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. I. Kaufmann Alfred Banowsky, ev., Schubstraße 77, mit Brida Tröde, ev., Nummer 33. —

Schneider Heinrich Köpper, kath., Kupferschmiedestraße 11, mit Gertrud Klaf, kath., Beilnerstraße 28. — Bureau-Assistent Wilhelm Dittich, kath., Gräbchen, mit Paula Micholow, kath., Goldene Radegasse 18.

Geburten. I. Kellner Paul Scheuner, kath., S. Bremer Wilhelm Herke, ev., T. — Buntfärbler Max Schmutz, ev., T. — Buchhalter Paul Starnowky, ev., S. — Arbeiter Alfred Piefel, ev., S. — Schiffseigner Otto Guthke, ev., T. — Schlosser Paul Gänzel, ev., S. — II. Werkstätten-Arbeiter Gustav Fell, ev., T. — Schmied Adolf Hübner, ev., S. — Arbeiter Friedrich Hartig, ev., S. — Fleischermeister Karl Himmel, ev., S. — Tischler Richard Gedwoda, kath., T. — Kaufmann Ernst Gantzer, kath., S. — Gede. Lokomotivbetrieber Hermann Krauser, ev., T. — Restaurateur Julius Verbe, ev., T. — Zimmermann Wilhelm Schürer, ev., S. — Arbeiter Hermann Helbig, ev., T. — Portiermaier Emil Müller, ev., T. (Hüll.) — Haushälter Wilhelm Döring, ev., T. — Portierschreiber Paul Drabs, kath., S. — Arbeiter Gottlieb Plezonski, ev., S. — Arbeiter Hermann Pufsch, ev., S. — Schmied Robert Galle, ev., S. — Bahnarbeiter Reinhold Beyer, ev., T. — Kaufmann Josef Spiliter, kath., T. — Schlosser Johann Berndt, ev., T. — Buchhandlungsgehilfe Georg Hermann, ev., S. — Portierschreiber Karl Ehr, ev., S. — Mangierer Paul Niste, ev., S. — Hilfsknecht Ernst Wieland, ev., T. — Schlosser Karl Koberger, ev., T. — Schuhmachermeister Wilhelm Kern, ev., S. — II. Kutscher Robert Heinrich, ev., S. — Schlosser Alfred Patogky, kath., S. — Bäcker Franz Geburek, kath., T. — Kutscher Wilhelm Korfame, ev., S. — Haushälter Josef Friisch, kath., T. — Arbeiter Robert Krumb, ev., T. — Maurer Wilhelm Heinrich, ev., S. — Müller Gustav Schubert, ev., S. — Tischler Julius Plezonski, kath., T. — Maschinenebauer Karl Ringoth, ev., S. — Arbeiter Paul Gollmann, kath., T. — Wurstmacher Ernst Pilschner, ev., S. — Musikführer Richard Mähler, kath., T. — Schneider Johann Müller, ev., S. — Bureauassistent Emil Klose, ev., T. — Tischler Ernst Wibe, ev., S. — IV. Schneidermeister Josef Homola, kath., T. — Kaufmann Oscar Klose, ev., S. — Kaufmann Hugo Primmig, kath., T. — Stellmacher Hermann Hauke, ev., S. — Uhrmacher August Reibel, kath., T. — Schmied Gustav Giesner, ev., S. — Maurer Wilhelm Scheibe, ev., S. — Kaufmann Ernst Langer, ev., S. — Bauschlichter Paul Petrad, kath., S.

Todesfälle. I. Arbeiter Wilhelm Friele, 50 J. — Lokomotivführer Josef Walter, 58 J. — Kurt, S. des Langordner August Fronke, 13 J. — Maurer Robert Bartlog, 44 J. — Haushälterin Karoline Werner, geb. Wachtlich, 48 J. — Verwitwte Stellmacher Bertha Wolff, geb. Franke, 82 J. — II. Franz, S. des Schuhmachers Franz Schwaib, 11 Mon. — Wägenführer Auguste Frommberger, geb. Guder, 59 J. — Frühere Köchlin Hausarbeiterslehrerin Pauline Eggeling, 71 J. — Paul, S. des Weichenrieders Julius Meisch, 1 J. — IV. Marz, S. des Arbeiters Karl Reiber, 15 Mon. — Willy, S. des Vorarbeiters Christian Meischke, 22 Mon. — Max, S. des Geschäftsrückensellen Felix Wittig, 2 Mon. — Portierswitwe Karoline Nawrod, geb. Weerhof, 77 J. — Wilhelm, S. des Arbeiters August Hirschel, 14 Mon. — Bernhard, S. des Schlossers Robert Gayd, 6 Mos. — Arbeiter Theodor Fleischer, 50 J. — Wirtschaftlerin Bertha Scholz, 81 J.

Stadt-Theater.
Mittwoch:
„Der Freischütz.“
Donnerstag:
„Aida.“
Freitag:
„Des Meeres und der Liebe Wellen.“
Sonnabend:
Wohltätigkeits-Vorstellung.
(Kinder-Oper — Karmäcker und Picardi).

Lobe-Theater.
Mittwoch:
„Die Geisha.“
Donnerstag:
„Edna Sahler.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Mittwoch:
Gruppe L. 6. Vorstellung,
Donnerstag:
Gruppe M. 6. Vorstellung:
„Doctor Klaus“.

Zeltgarten.
Letzter Monat der Winter-Theater.
u. Specialitäten-Saison.
Das Beste zuerst:
8 Specialitäten-Schlager
Capitäl v. Mdm. Leonore
„Venus auf Erden“
Im Tunnel:
Schönheit! Original!
Im Lager der Buren.

20 Herren- u. Damen-Schreibstische
werden einzeln auf Anzahl mit einer Anzahl v. 10 Mk. und wöchentlich Abzahl. von 2 Mk. abgegeben.
S. Oswald,
Schreibst. 74, I.

Fritsch candirter Cacaothee.
Billigstes und gesündestes Getränk für Kinder und Erwachsene 24 à Pfd. 30 Pfg.
aus der Schokoladenfabrik von **Wilhelm Boese, Dresden I., Torsotheekstraße Nr. 3.**

Gebrauchte Fahrräder
reparirt und
Kupferarbeiten,
Essenwaren und Porzellan
sauber und billig.
Billigste Reparaturwerkstätte für
Fahrrad-Zubehörtheile.
Fritz Heidenreich
Friedrich-Wilhelmstraße 5a.
Telephon 3291.

Mein seit 15 Jahren betriebenes
Zahn-Atelier
habe ich den bewährten Händen
des Herrn
Dr. chir. Hans Block
übergeben.
M. Geschinski,
Neuschkestr. 14 (Postgebäude).

Auf Theilzahlung!
Möbel, Spiegel, Polsterw.
schöne große Regulatoren,
Stühle, Sessel, Musikwerke,
Cepylische etc., laufen reelle Centre
preiskäßig per Cassa zu annehm-
baren Preisen
Fischergasse 21,
größtes Abzahlungs-Geschäft
dieser Branche
der Nicolavorkade.
Fachgeschäftsbau 169
Gebr. Buchmann,
Inhaber: F. Buchmann.

Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel
Liefert seit 22 Jahren 150
für tausende Kasien und Vereine.
Jean Holzschuburg, Drebbahn 45.
Verlag socialist. Bilder. — Muster, Preislisten gratis u. franco.
Fraktionsbild der socialdemokratischen Partei 1898.

**Pflanzen, türkische, Pfd. 20, 24, 30, 36 Pfg.,
Brünnellen Pfd. 70, Alpriskosen 70 Pfg.,
Bacobst, beste Mischung Pfd. 22, 30, 40 Pfg.,**
sowie sämtliche Specereiwaren billigst. 199
Büttnerstraße 6 im Hofe Remise links.

**Morgen Donnerstag:
Proben - Caffee
Teichmann & Co.**
Caffee - Special - Geschäft.

Pfänder-Auction
d. 14. März H. Schütze, Paulstr. 261.
**Die Rechte und Pflichten
des Miethers**
nach dem neuen Bürgl. Gesetzbuch.
Kommentar gegen Miethers-
Preis pro Exempl. 20 Pfennig.
Die Broschüre ist sachlich
auf Grund der Notizen und der
Denkschrift zum Bürgl. Gesetzbuch
bearbeitet und ist ein siche-
rlicher Führer durch das Miethers-
Buch durch unsere Expedition zu
beziehen.

In diesem Jahre
in der Zeit vom 5 bis 20. Februar er. gelangt ein großer Posten zurückgebliebener
Herren-Anzüge
früherer Preis 25—40 Mark, ohne Rücksicht auf den bisherigen Werth, zu dem unglaublich
billigen Durchschnittspreise von
15 Mark
zum Verkauf.
Gebr. Taterka
Ring 47.

Zur Confirmation
Complette Anzüge in allen Stoffarten und
nur reeller Ausführung
empfehle ich von 5—20 Mk.
Eduard Freund,
jetzt nur Neuschkestraße 52.
Rein Geschäft befindet sich nicht mehr Ecke Hinterhäuser, sondern jetzt
nur **52, Neuschkestraße 52,** geradeüber der Kalinke'schen Seifenfabrik